

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

9. Sitzung
am Donnerstag, dem 24. Oktober 1996, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Landtagsverwaltung

MR Manfred Neil

Weitere Anwesende

siehe Anlage

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|--|--------------|
| 1. | Kosten- und Leistungsrechnung in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung hierzu: Umdrucke 14/13 und 14/168 | 4 |
| 2. | Budgetierung im Bereich der - Staatskanzlei - Forstverwaltung | 6 |
| 3. | Information/Kenntnisnahme Umdrucke 14/136, 14/141, 14/147 | 7 |
| 4. | Verschiedenes | 7 |

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Die ursprünglich vorgesehene Berichterstattung des Ministers für Finanzen und Energie zur Umsetzung des Spielbankengesetzes (Umdruck 14/156) und die Befassung mit der Stellungnahme der Landesregierung zur finanziellen Förderung des diesjährigen "Jugend-Umwelt-Jahrmarktes" in Bad Oldesloe und zur Prüfung der Möglichkeit der Mittelrückforderung wird nach der Mitteilung durch den Vorsitzenden, daß ein Vertreter der antragstellenden F.D.P.-Fraktion an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann, einvernehmlich auf den 7. November d. J. verschoben.

Auf eine Frage von Abg. Stritzl an dieser Stelle kommen die Ausschußmitglieder ebenfalls einvernehmlich überein, die Beratungen des Entwurfs eines Haushaltsplanes für 1997 am 7. November 1996 mit dem Punkt "Grundsätzliches" zu beginnen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Kosten- und Leistungsrechnung in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung

hierzu: Umdrucke 14/13 und 14/168

RD Dr. Schmidt-Elsaesser referiert einleitend u. a. die Grundsatzentscheidungen für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, stellt mit der Beschreibung der Notwendigkeit der Einführung der KLR Schwachstellen des derzeitigen Rechnungswesens heraus und beschreibt die Ziele der KLR in der Landesverwaltung.

Eckpunkte und konzeptionelle Festlegungen im Grundlagenpapier zur KLR sowie Inhalte des Umsetzungskonzeptes zur KLR schließen sich an. - Die im Rahmen des Vortrages verwendeten Overheadfolien sollen den Ausschußmitgliedern vorgelegt werden.

In der folgenden Aussprache betont RD Dr. Schmidt-Elsaesser auf Fragen, daß die KLR ein Informationssystem sei, das politische und administrative Entscheidungen vorbereite. Die politischen Entscheidungen selbst müßten nach wie vor durch die Legislative getroffen werden. Die KLR zeige auf, ob die Abwicklung der Maßnahmen zum Zwecke der Zielerreichung wirtschaftlich geschehe. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich ergebe sich vor allem in

wirtschaftsnahen Bereichen. Deshalb solle auch hier der Ansatz liegen. Das Vorgehen werde schrittweise erfolgen und sei im Umsetzungskonzept noch im einzelnen konkret auszuarbeiten. Erforderlich sei in diesem Zusammenhang auch eine Novelle des Haushaltsgrundsätze-Gesetzes.

Auf Anregung des Vorsitzenden wollen sich die Ausschußmitglieder nach Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1997 - es wird als Termin der März 1997 in Aussicht genommen - in geeigneter Form mit dem Umsetzungskonzept befassen. Abg. Stritzl macht geltend, daß dies bedeute, daß wesentliche Entscheidungen in der Angelegenheit erst nach diesem Zeitpunkt der Befassung im Finanzausschuß fallen könnten. LRH-P Dr. Korthals verweist auf einen KGSt-Bericht zum Thema "Politik und neues Steuerungsmodell" und erklärt, er werde dieses Papier den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis bringen.

Einmütigkeit besteht in der Beschreibung eines erforderlichen politischen Controllingsystems als Essential. St Dr. Lohmann erklärt, daß materielle Vorentscheidungen im Zusammenhang mit der KLR noch nicht getroffen seien. Es sei Aufgabe des Landtages, über Produkte mitzuentcheiden, sie gegebenenfalls anders zu definieren und sie auch inhaltlich zu beschreiben. Zur Sicherstellung des politischen Controllings seien zumindest quartalsweise Berichterstattungen gegenüber dem Finanzausschuß erforderlich.

Zur geplanten Novelle des Haushaltsgrundsätze-Gesetzes sagt RD Dr. Schmidt-Elsaëber eine schriftliche Vorlage zu den bisher diskutierten Änderungsvorschlägen zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetierung im Bereich der
- Staatskanzlei
- Forstverwaltung

Dr. Rohwer erklärt einleitend, daß die Staatskanzlei mitten in der Arbeit eines Modellversuchs Budgetierung sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die bereits dem Finanzausschuß gegenüber gemachten Ausführungen. Bis September 1995 sei für die Staatskanzlei ein Produktkatalog erarbeitet worden, und seit Beginn des Jahres 1996 würden systematisch die Zeitprozesse erfaßt. Begonnen hätten die Arbeiten daran, Quantitäten und Qualitäten für die Produkte zu erfassen und zu definieren.

Dr. Rohwer fährt fort, es sei geplant, dem Finanzausschuß in den nächsten Wochen den Vorschlag zu unterbreiten, auf der Basis der jetzt geleisteten Vorarbeiten für das Jahr 1997 im Sinne der Experimentierklausel bereits zu erweiterten Deckungsmöglichkeiten zu kommen. Parallel zur Haushaltsrechnung wolle man darüber hinaus mit Budgets und Teilbudgets arbeiten, sofern dies die Einwilligung durch den Finanzausschuß finde.

Abschließend sagt Dr. Rohwer eine schriftliche Zusammenstellung dessen zu, was insgesamt die Budgetierungsmaßnahmen im Bereich der Staatskanzlei anbetrifft.

Ausführungen von OFR Böhling zur Budgetierung im Bereich der Forstverwaltung schließen sich an. Die Eckpunkte der Ausführungen werden ebenfalls schriftlich nachgereicht werden.

In der folgenden kurzen Aussprache betont der Vorsitzende auch an dieser Stelle noch einmal das Erfordernis eines möglichst zeitnahen Berichtswesens, um dem Erfordernis des politischen Controllings Rechnung tragen zu können.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdrucke 14/136, 14/141, 14/147

Die Vorlagen werden ohne vertiefte Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Umdruck 14/177, der den Ausschußmitgliedern als Tischvorlage vorliegt, soll in der Sitzung des Ausschusses am 7. November 1996 behandelt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf Intervention des Europaausschusses bittet der Vorsitzende, Abg. Hay, folgenden Änderungen im Rahmen der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1997 zuzustimmen: Montag, 25. November, 14.00 Uhr: EP 16; Mittwoch, 27. November, 10.00 Uhr: EP 04, 14.00 Uhr: EP 09 (zunächst Europa- und Bundesratsangelegenheiten und anschließend Justiz). - Die Ausschußmitglieder erklären sich mit diesen Änderungen einverstanden.

Abg. Stritzl bittet den Vorsitzenden um Kontaktaufnahme mit dem Wirtschaftsausschuß zwecks Ansetzung einer gemeinsamen Sitzung zum Thema "Wirtschaftliche Situation der Deutschen System-Technik (DST)". - Der Vorsitzende, Abg. Hay, sagt dies zu.

Des weiteren bittet Abg. Stritzl darum, bei den Beratungen über den Haushaltsentwurf 1997 einleitend einen Durchgang "Grundsätzliches" vorzusehen. - Einvernehmlich wird hierfür Donnerstag, der 7. November, 10.00 Uhr, festgelegt.

Sodann unterrichtet der Vorsitzende die Mitglieder des Finanzausschusses von der Mitteilung durch LRH-P Dr. Korthals vom 17. Oktober 1996, daß dieser einen Lehrauftrag an der CAU übernehmen wolle. Die Ausschußmitglieder nehmen zur Kenntnis, daß hier eine

genehmigungspflichtige Nebentätigkeit gemäß § 6 Abs. 3 LRH-G nicht vorliegt, da es sich um Lehrveranstaltungen im Rahmen eines Lehrauftrages an einer wissenschaftlichen Hochschule handelt.

Abschließend bittet Abg. Stritzl für die Sitzung am 7. November um eine Information über die personellen und kostenmäßigen Auswirkungen des Wegfalls der Vermögensteuererhebung auf die Finanzämter.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 12.15 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Neil
stellv. Geschäfts- und Protokollführer